

## **Landshuter Erklärung**

### **zur Zukunft der Großen Koalition**

**Antrag des Bundesvorstands zum Deutschlandrat der Jungen Union Deutschlands  
vom 7. bis 8. Dezember 2019 in Landshut**

1 Die Zukunft der Großen Koalition auf Bundesebene ist nach der Wahl von Saskia Esken und Norbert  
2 Walter-Borjans als neuen Parteivorsitzenden der SPD mehr als ungewiss. Nachdem die SPD in der  
3 ersten Hälfte der Legislaturperiode bereits einen großen Teil ihrer Forderungen aus dem  
4 geschlossenen Koalitionsvertrag umsetzen konnte, versucht die neue Parteiführung, der  
5 Bundesregierung mit ihren weitergehenden Forderungen eine noch deutlichere sozialdemokratische  
6 Handschrift zu geben. Aus Sicht der Jungen Union muss die Union diesen Forderungen eine klare  
7 Absage erteilen. Denn die Koalition ist nicht zur ideologischen Befriedung der neuen SPD-Parteispitze  
8 gedacht, sondern dazu, unser Land nach vorne zu bringen.

#### **9 Keine Nachverhandlungen - Es gilt der Koalitionsvertrag**

10 Die SPD drängt auf Scheinverhandlungen mit dem Ziel, die Regierung zu verlassen. Die Union darf sich  
11 nicht aus Angst vor Neuwahlen von einer verzweifelten SPD unter Druck setzen lassen. Die Junge Union  
12 Deutschlands lehnt deshalb Nachverhandlungen zum geschlossenen Koalitionsvertrag ab. Denn diese  
13 würden erhebliche neue Ausgaben nach sich ziehen und insbesondere die junge Generation noch  
14 stärker belasten.

15 Der von CDU, CSU und SPD geschlossene Koalitionsvertrag ist für uns die Grundlage für die  
16 Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Weitere Zugeständnisse an den  
17 Juniorpartner kämen einer Verfälschung des Wählerwillens gleich.

#### **18 SPD-Forderungen sind alter Wein in neuen Schläuchen**

19 In ihrem Papier „Aufbruch in eine neue Zeit“ fordert der SPD-Parteitag die Fraktions- und Parteiführung  
20 auf, Gespräche mit CDU und CSU über neue Vorhaben zu den aktuellen Herausforderungen zu führen.  
21 Dabei beruft sie sich auf eine Klausel des Koalitionsvertrags, wonach zur Mitte der Legislaturperiode  
22 eine Bestandsaufnahme über dessen Umsetzung und das Erfordernis neuer Maßnahmen zu erfolgen  
23 hat. Die nun von der SPD geforderten Punkte beruhen allerdings nicht auf neuen Entwicklungen,  
24 sondern wurden bereits in den Koalitionsverhandlungen ausgiebig diskutiert und entschieden. Die  
25 Forderungen sind also alter Wein in neuen Schläuchen.

26 Die wesentlichen Punkte im Einzelnen:

- 27 • **Keine Aufweichung der Schwarzen Null:** Die SPD fordert die Aufweichung der Schwarzen Null und  
28 die Abschaffung der Schuldenbremse für neue Investitionen bei Klimaschutz, Bildung und  
29 Infrastruktur. Diese Forderung nach neuen Schulden zu Lasten der nächsten Generationen und

30 auch der bestehende Investitionsstau waren bereits Thema in den Koalitionsverhandlungen.  
31 Damals einigten sich die Parteien auf Druck von CDU und CSU auf stabile Finanzen, einen weiterhin  
32 ausgeglichenen Haushalt sowie einen Verzicht auf neue Schulden.

33 Auch als Junge Union halten wir es für sinnvoll, mehr Mittel für Zukunftsinvestitionen  
34 bereitzustellen, sehen aber zugleich, dass alleine in diesem Jahr noch 19 Milliarden Euro nicht  
35 abgerufener Investitionsmittel beim Bund zur Verfügung stehen. Daher gilt es,  
36 Planungskapazitäten auszubauen und ein effizienteres Planungsrecht zu schaffen, anstatt weitere  
37 Mittel zu Lasten der folgenden Generationen bereitzustellen. Auch sollte sich die Bundesregierung  
38 darüber Gedanken machen, ob Ausgaben von fast 50 Prozent des Bundeshaushaltes für  
39 Sozialleistungen die richtige Schwerpunktsetzung für eine Zukunftsagenda darstellen. Eine  
40 Aufweichung einer Schwarzen Null lehnen wir daher ab.

41 • **Keine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro:** Die Forderung der SPD nach einer Anhebung des  
42 Mindestlohns auf 12 Euro widerspricht dem im Jahr 2015 durch die Große Koalition eingeführten  
43 Mindestlohn in Deutschland. Damals einigten sich die Koalitionäre bewusst auf eine  
44 Mindestlohnkommission aus Arbeitgebern und Gewerkschaften, die gemeinsam einen  
45 Mindestlohn festlegen.

46 Die Junge Union Deutschlands steht zur Tarifautonomie und wünscht sich auch in Zukunft gute  
47 Löhne, die von den Tarifpartnern ausgehandelt werden. Dies gilt auch für den Mindestlohn in  
48 Deutschland. Eine politische Lohnfindung lehnen wir ab. Ein Mindestlohn in der nun von der SPD  
49 geforderten Höhe würde zudem zahlreiche geschlossene Tarifverträge verdrängen. Dies wäre ein  
50 weiterer Beitrag zur Schwächung der Tarifautonomie und der Sozialpartner aus Arbeitgebern und  
51 Gewerkschaften.

52 • **Kein Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen:** Der Vorstoß für ein Tempolimit auf  
53 deutschen Autobahnen zeugt von der Ideenlosigkeit der SPD. Der Deutsche Bundestag hat ein  
54 generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen bereits in den letzten Jahren immer wieder, u.  
55 a. mit den Stimmen der Großen Koalition, deutlich abgelehnt. Das Vorhaben wurde bewusst nicht  
56 in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

57 Um Emissionen auch im Verkehr zu reduzieren, haben sich Union und SPD im Rahmen des  
58 Klimapakets auf eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung geeinigt. Die kilometerbezogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKW  
59 liegen bereits 15 Prozent unter dem Wert von 1995. Da die Deutschen fast eine halbe Million  
60 Stunden pro Jahr im Stau stehen und so hunderttausende Liter Sprit unnötig verbraucht werden,  
61 sind eine intelligente Verkehrssteuerung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der deutlich  
62 bessere Weg.

63 • **Keine gesonderte Kindergrundsicherung:** Der Forderung der SPD nach einer  
64 Kindergrundsicherung haben sich die Koalitionspartner ebenfalls bereits im Rahmen der  
65 Koalitionsverhandlungen angenommen. Seit Mitte 2019 gilt, wie im Vertrag vereinbart, für Kinder  
66 von Eltern mit wenig zur Verfügung stehenden Mitteln ein erhöhter Kinderzuschlag von 185 Euro  
67 im Monat. Auch die entsprechenden Antragsverfahren wurden deutlich vereinfacht. Zudem wurde  
68 das Schulstarterpaket von 100 Euro auf 150 Euro erhöht.

69 Das neue Modell der SPD setzt dagegen falsche Anreize und widerspricht dem Leistungsprinzip.  
70 Die Junge Union Deutschlands lehnt es daher ab, denn Kinderfreibetrag zugunsten einer  
71 Kindergrundsicherung zu kürzen, da dies vor allem Familien aus dem Mittelschicht erheblich  
72 schlechter stellen würde. Auch aus verfassungsrechtlichen Gründen ist der Vorschlag der SPD  
73 abzulehnen. Mittelfristig muss es zu einem Familiensplitting kommen. Die Junge Union  
74 Deutschlands weist Versuche des immer stärkeren staatlichen Einflusses auf die Kindererziehung  
75 - auch durch die Hintertür durch vermeintliche Förderungen - zurück. Familienpolitik darf nicht zur  
76 Verteilungspolitik missbraucht werden.

### 77 **Keine Koalition um jeden Preis**

78 Die Junge Union Deutschlands will keine Große Koalition um jeden Preis und fordert CDU und CSU vor  
79 diesem Hintergrund auf, die Koalition als eine von der Union geführte Bundesregierung zu gestalten  
80 und in diesem Sinne eigene Akzente zu setzen. Hierfür muss die Union stärker eigene Kernthemen in  
81 konkretes Regierungshandeln übertragen. Denn nicht nur die SPD, sondern auch CDU und CSU sehen  
82 sich nach Jahren der Großen Koalition in ihrem Status als Volksparteien gefährdet. Für die Junge Union  
83 steht fest, dass Wahlergebnisse von deutlich über 30 Prozent kurzfristiger Anspruch der Union sein  
84 müssen. Diese sind nur dann wieder möglich, wenn wir der politischen Auseinandersetzung nicht aus  
85 dem Weg gehen, sondern sie im Sinne unserer Inhalte suchen.

### 86 **Eine Zukunftsagenda für die zweite Halbzeit**

87 Deutschland braucht mehr Zukunftspolitik der Union und weniger Zukunftsangst der SPD. Mit einem  
88 Maßnahmenbündel müssen wir Deutschlands Potentiale nutzen um eine drohende Rezession direkt  
89 im Keim zu ersticken. Fast jeder zweite Euro im Bundeshaushalt ist für Sozialleistungen vorgesehen. So  
90 macht man keine Zukunft, so stagniert der Status quo. Wir wollen mit einer eigenen, klaren  
91 Zukunftsagenda vorangehen. Für die Junge Union Deutschlands steht dabei fest, dass eine sichere  
92 Parlamentsmehrheit eine Grundvoraussetzung für eine stabile Regierung ist. Mit einer klaren  
93 inhaltlichen Fokussierung haben CDU und CSU aber auch keine Neuwahlen oder Neuverhandlungen  
94 über andere Koalitionen zu fürchten.

95 Deshalb muss die Union klare Akzente setzen mit:

- 96 • **Einer Agenda für die Fleißigen:** Die Große Koalition muss stärker die Erwirtschaftung unseres  
97 Wohlstandes in den Mittelpunkt rücken, anstatt nur über dessen Verteilung, etwa durch teure  
98 Rentengeschenke, zu diskutieren. Angesichts der zweithöchsten Last an Steuern und Abgaben  
99 in Europa, einer sich abzeichnenden Rezession und gesunder öffentlicher Haushalte ist es an  
100 der Zeit, die Potentiale der Marktwirtschaft durch spürbare Entlastungen freizusetzen, um  
101 unseren Wohlstand dauerhaft zu sichern. Die Sozialabgaben wollen wir, wie im  
102 Koalitionsvertrag vereinbart, im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie  
103 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei unter 40 Prozent stabilisieren.
- 104 • **Einer Offensive für Forschung und Entwicklung:** 3,5 Prozent des BIP sind im Koalitionsvertrag  
105 als Mittel für Forschung und Entwicklung vereinbart und müssen dringend dementsprechend  
106 eingeplant werden. Egal ob Hyperloop, neue Mobilität oder erneuerbare Energien –  
107 Deutschland ist in vielen Bereichen Weltklasse. Damit das so bleibt und neue marktfähige

108 Produkte und Dienstleistungen entstehen müssen wir jede Bundesförderung auf ihre  
109 Zukunftsfähigkeit überprüfen.

110 • **Einer innovationsgetriebenen Klimapolitik:** Den Herausforderungen in der Klimapolitik müssen  
111 wir auf der Grundlage unserer christlichen Prinzipien zur Erhaltung der Schöpfung begegnen.  
112 Klimaschutz wird nicht gegen den Markt, sondern nur mit dem Markt funktionieren. Statt  
113 ideologischen Verboten setzen wir deshalb auf Innovation und Unternehmergeist. Neben  
114 einer Ausweitung des Zertifikatehandels fordern wir daher Technologieoffenheit insbesondere  
115 bei der Förderung neuartiger Antriebsformen und Energiequellen. Die Nationale  
116 Wasserstoffstrategie der Bundesregierung gilt es daher schnell und effizient umzusetzen.

117 • **Einer wertschätzenden Landwirtschaftspolitik:** Als Union stehen wir an der Seite unserer  
118 Landwirte, die unser aller Ernährung sicherstellen und sich Tag für Tag um die Pflege und  
119 Erhaltung unserer Kulturlandschaft verdient machen. Deshalb dürfen wir sie nicht mit zu  
120 hohen bürokratischen Auflagen belegen, um ihnen eine Chance auf Wettbewerbsfähigkeit im  
121 Markt mit (ausländischen) Anbietern zu gewähren und eine Produktion zu unseren Standards  
122 zu garantieren. Wir wollen, dass in der öffentlichen Debatte nicht nur Wissenschaftler und  
123 nicht selbsternannte Experten, sondern auch die Landwirte Gehör finden, damit auch in  
124 Zukunft eine Ernährung aus Deutschland für Deutschland möglich ist.

125 • **Einer Digitale Revolution:** Glasfaser bis an die letzte Milchkanne kann dabei nur der Anfang  
126 sein. In den nächsten 10 Jahren werden alleine 30 % der Verwaltungsmitarbeiter in den  
127 Ruhestand gehen. Es gilt jetzt die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben und weitere  
128 Maßnahmen anstoßen um Zukunft zu gestalten. Zudem ist für uns ein neuer Anlauf für eine  
129 Urheberrechtsreform 2.0 auf europäischer Ebene wesentlich für den digitalpolitischen  
130 Neustart in Deutschland.

131 • **Einem Turbo für das Planungsrecht:** Unseren Wohlstand werden wir dauerhaft nur dann  
132 erhalten, wenn sich große Infrastrukturvorhaben in Deutschland wieder einfacher und  
133 schneller umsetzen lassen. Der Staat muss die Rahmenbedingungen deshalb so anpassen, dass  
134 die Umsetzung demokratisch legitimierter Entscheidungen nicht durch jahre- und  
135 jahrzehntelange Prozesse verhindert wird. Deshalb wollen wir das vereinbarte Planungs- und  
136 Baubeschleunigungsgesetz schnell auf den Weg bringen, um etwa bei der Planfeststellung im  
137 Sinne einer Verfahrensbeschleunigung eine Stichtagsregelung für die verbindliche Feststellung  
138 bestimmter Tatsachen (beispielsweise im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit) einzuführen  
139 sowie die Verwaltungsgerichtsverfahren bei Großprojekten auf eine Instanz beschränken und  
140 das Verbandsklagerecht abschaffen.

141 • **Einem klaren Bekenntnis zu unserer Verantwortung in der Welt.** Die Union muss die Partei  
142 der Bundeswehr und des Einstehens für unsere internationalen Verpflichtungen auch im  
143 Bereich der gemeinsamen Verteidigung bleiben. Den eingeschlagenen Weg einer stärkeren  
144 Sichtbarkeit unserer Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit müssen wir fortsetzen und  
145 dafür sorgen, dass beispielsweise öffentliche Gelöbnisse von der Bevölkerung wieder als  
146 selbstverständlich wahrgenommen werden. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO darf gerade bei  
147 dem derzeitigen Ausrüstungsstand der Bundeswehr nicht relativiert werden. Vielmehr müssen

148 wir Fähigkeitslücken auch durch kurzfristige Beschaffungen effektiven Geräts schließen und  
149 dem bestehenden Personalnotstand durch eine angemessene Besoldung und offensive  
150 Werbung auch an Schulen begegnen.

151 • **Einem Staat, der handlungsfähig ist.** An der Wahrnehmung vieler Bürger, Handlungsfähigkeit  
152 bestehe vor allem bei der Eintreibung von Steuern und Bußgeldern, nicht aber im Bereich der  
153 Gefahrenabwehr oder des Asylrechts, hat sich in den vergangenen Jahren wenig geändert.  
154 Deshalb muss die Union dafür Sorge tragen, dass geltendes Recht in allen Bereichen  
155 konsequent durchgesetzt wird. Daneben muss ein starker Rechtsstaat auch mit den  
156 Herausforderungen der Digitalisierung Schritt halten. Daher sind neben einer weiteren  
157 Aufstockung des Personals der Sicherheitsbehörden die gesetzlichen Grundlagen dafür zu  
158 schaffen, dass unsere Nachrichtendienste bei dem Verdacht auf schwere Straftaten auch  
159 Zugriff auf verschlüsselte Nachrichten (etwa WhatsApp) erhalten. Bei alledem muss sich unser  
160 Staat auf seine Mitarbeiter uneingeschränkt verlassen können. Dass in der jüngeren  
161 Vergangenheit gleich mehrere Fälle von Rechtsextremismus in den Reihen von Bundeswehr  
162 und Sicherheitsbehörden aufgetreten sind, muss uns daher zu denken geben. Gegen Feinde  
163 unserer Verfassung muss auch innerhalb der Behörden mit aller Entschiedenheit vorgegangen  
164 werden.